

Euroländer | 25.11.2022 | Lesezeit 2 Min.

Politik bremst die Inflation

Die hohe Inflation macht auch anderen europäischen Staaten zu schaffen. Allerdings variiert der Anstieg der Verbraucherpreise je nach Land. Ein Grund dafür ist, dass die Politik die Teuerung für die Bürgerinnen und Bürger in unterschiedlichem Maß abfedert.

Wen der Blick auf die Gasrechnung oder den Kassenzettel im Supermarkt erschreckt, der mag sich damit trösten: Deutschland ist in der Eurozone nicht allein mit seinen Inflationssorgen. Allerdings steigen die Preise nicht überall im gleichen Tempo (Grafik):

In Estland lagen die Verbraucherpreise im September 2022 um mehr als 24 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats, in Frankreich betrug die Teuerungsrate dagegen „nur“ gut 6 Prozent.

Inflation: Starkes Gefälle in der Eurozone

Veränderung der Verbraucherpreise im September 2022 gegenüber Vorjahresmonat in Prozent



Estland	24,1
Litauen	22,5
Lettland	22,0
Niederlande	17,1
Slowakei	13,6
Belgien	12,1
Griechenland	12,1
Deutschland	10,9
Österreich	10,9
Slowenien	10,6
Portugal	9,8
Italien	9,4
Spanien	9,0
Zypern	9,0
Luxemburg	8,8
Irland	8,6
Finnland	8,4
Malta	7,4
Frankreich	6,2

Veränderung der Verbraucherpreise: auf der Basis des Harmonisierten Verbraucherpreisindex

Quelle: Eurostat

© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Neben unterschiedlichen Konsumgewohnheiten spielt auch die Politik eine Rolle für das Inflationsgeschehen, wie der exemplarische Blick auf zwei Nachbarländer Deutschlands zeigt:

Niederlande. Sie weisen aktuell die vierthöchste Inflationsrate der Eurozone auf. Zwar kam im September ein Sondereffekt zum Tragen, weil eine wegen der Corona-Pandemie eingeführte 50-prozentige Ermäßigung auf Studien- und Kursgebühren auslief.

Doch auch wenn man diesen Effekt herausrechnet, sind – im Vergleich zu Deutschland – die Preise bei unseren Nachbarn zuletzt deutlich stärker gestiegen. Ein Grund ist, dass die Energieverträge dort variabel sind, die Versorger die höheren Beschaffungskosten also unmittelbar an die Gaskunden weitergegeben haben.

In den Niederlanden sind die Preise deutlich stärker gestiegen als in Deutschland, unter anderem aufgrund der variablen Energieverträge.

Nicht zuletzt hat die Regierung in Den Haag seit Beginn der Corona-Pandemie mehr als 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausgegeben, um die Nachfrage anzukurbeln. Das hat die Inflation bereits vor der aktuellen Energiepreiskrise angeheizt.

Frankreich. Die relativ niedrige Inflationsrate kommt nicht von ungefähr: Die französische Regierung setzt in diesem Jahr rund 16 Milliarden Euro ein, um die Verbraucher vor allzu stark steigenden Energiepreisen zu schützen. So hat sie den Gaspreis auf dem Stand von Oktober 2021 eingefroren und der Anstieg des Strompreises wurde auf 4 Prozent begrenzt. Auch im kommenden Jahr sollen die Französischen und Franzosen maximal 15 Prozent mehr für Strom bezahlen – diesen Preisdeckel lässt sich die Regierung nochmals 16 Milliarden Euro kosten.

Die privaten Haushalte in Frankreich werden damit lediglich etwa 20 bis 25 Euro mehr pro Monat an Heizkosten berappen müssen.

Und auch den energieintensiven Unternehmen springt Paris bei: Wer mehr als 3 Prozent seines Umsatzes für Strom oder Gas ausgeben muss, kann bis zu 2 Millionen Euro an staatlichen Hilfen beantragen. Insgesamt stellt der französische Wirtschaftsminister 3 Milliarden Euro bereit, um den durch die Energiepreiskrise

bedrohten Unternehmen zu helfen.

Kernaussagen in Kürze:

- Deutschland ist in der Eurozone nicht allein mit seinen Inflations Sorgen, allerdings steigen die Preise in den einzelnen Ländern in höchst unterschiedlichem Tempo.
- In den Niederlanden beispielsweise war die Inflationsrate mit gut 17 Prozent zuletzt deutlich höher als in Deutschland, unter anderem aufgrund der variablen Energieverträge.
- In Frankreich betrug die Teuerungsrate im September dagegen "nur" gut 6 Prozent - die französische Regierung setzt in diesem Jahr rund 16 Milliarden Euro ein, um die Verbraucher vor allzu stark steigenden Energiepreisen zu schützen.